

# Mittelsächsische LinksWorte

20. Februar 2013

Nr. 66

7. Jahrgang



Foto: dpa Quelle: nd

## Dresden mahnt und rüttelt auf!

Am 13. Februar 2013 - seit Jahren ein fester Termin im Kalender der Antifaschisten - galt es wieder, einen Naziaufmarsch zu verhindern. Zum zweiten Mal in Folge fiel der ehemals größte Aufmarsch der Nazi-Szene Europas am darauffolgenden Samstag aus. Wir berichten ausführlich in Wort und Bild.

Mehr und mehr werden die Nazis, die noch vor wenigen Jahren in Dresden relativ ungestört ihrem Opfermythos von der „unschuldigen Stadt“ nachgehen konnten, in die Defensive gedrängt. Auch am 5. März in Chemnitz. Dieser Tag im Jahr 1945 ist ebenfalls ein Thema in unserer heutigen Ausgabe.

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

### 1. Im Mittelpunkt:

Die mittelsächsischen LINKEN und die Bundestagswahlen am 22. September

### 2. LINKSfraktion aktuell:

Die Linksfraktion bereitet sich auf die Beratung des Kreishaushaltes 2013 vor

### 3. Vor achtzig Jahren:

Die Faschisten ergreifen die Macht und überziehen das „dritte Reich“ mit NS-Terror

2	editorial & standpunkte
3	kolumne & partnerschaft mit ulm
4	<b>titelthema 1: bundestagswahlkampf im blick</b>
5	der 13. februar 2013 in dresden
6	<b>titelthema 2: fraktion aktuell</b>
7	staatsregierung spart sachsen kaputt
8	<b>titelthema 3: machtergreifung der nazis vor 80 jahren</b>
9	der 5. märz 1945 in chemnitz
10	unsere serie: episoden aus der mittelsächsischen geschichte heute: die herren von schellenberg
11	kreisvorstand & glückwünsche jahrestage im märz 2013
12	termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 20. März 2013. Redaktionsschluss ist bereits am Dienstag, dem 12. März. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 1,00 Euro.

Sonstige Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**

Kreissparkasse Freiberg  
BLZ: 870 520 00  
Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

**Herausgeber:** **DIE LINKE.**  
**Kreisvorstand Mittelsachsen**

**Postanschrift der Redaktion:**  
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“  
09599 Freiberg, Roter Weg 41/43  
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40  
Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Marco Hinkel, Sabine Lauterbach, Susann Martin, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

**Layout, Satz und Fotos:** A • Bi • Te  
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
Birkenstraße 23b 09557 Flöha/OT Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und -vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG, Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

**Internet:** Die „LinksWorte“ stehen unter [www.links-worte-mittelsachsen.de](http://www.links-worte-mittelsachsen.de) im Internet. Dort ist auch ein Archiv bisheriger Ausgaben seit 2007 verfügbar.

**aus der redaktion**

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat schon die ersten Schneeglöckchen, aber auch eine ordentliche Frostperiode bereitgehalten. Und politisch leider auch einen ordentlichen Dämpfer für die Ambitionen der LINKEN im Bundestagswahljahr - mit dem enttäuschenden Ergebnis der Niedersachsenwahl nämlich. Aber Bange machen gilt nicht! Nebenstehend geben wir unter der Rubrik „Standpunkte“ die Meinung der beiden Parteivorsitzenden der LINKEN mit Blick auf die Bundestagswahl am 22. September wieder. Sie sollten uns dazu ermutigen, nach vorn zu blicken und uns im Bundestags-Wahlkampf für DIE LINKE zu engagieren. Genosse **Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle gibt dazu auf Seite -4- manchen Denkanstoß.

Im mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN wurde am 16. Januar der Auftakt des „Wahlkampf-Marathons 2013-2014-2015“ mit einer Aktivtagung in Siebenlehn gegeben. Inzwischen hat das „Aktivierungsschreiben“ des Kreisvorsitzenden Falk Neubert schon beachtliche Resonanz gefunden, wie unsere kleine Bilanz aus dem Kreisvorstand auf Seite -11- zeigt. Aber es bedarf noch weiterer Anstrengungen - an persönlichem Engagement und auch finanziell - um allseitig gewappnet zu sein für die Herausforderungen des Wahlkampfes. Dem soll auch der Kreisparteitag am 7. März dienen, über dessen Ergebnisse wir in unserer Märzausgabe natürlich ausführlich berichten werden.

In diesem Jahr gibt es viele schlimme Jahrestage, die genau 80 Jahre zurückreichen. Kein Wunder, war es doch das Jahr 1933, in welchem die faschistische braune Brut die Macht in Deutschland an sich riss und innerhalb weniger Monate alles zu Grabe trug, was in der Weimarer Republik noch halbwegs demokratische Züge hatte. Wir werden einige der allerschlimmsten Ereignisse kommentieren. Als Stichworte seien nur der Reichtagsbrand mit dem folgenden Terror gegen Kommunisten, die faschistische Bücherverbrennung, die beginnenden Judenprogrome und die Köpenicker Blutwoche genannt. Es wäre schön, wenn wir Hinweise erhielten, evtl. auch Beiträge veröffentlichen könnten, wie der Faschismus 1933 auch in unserer Region Fuss fasste und die wenigen demokratischen Ansätze aus der Zeit der Weimarer Republik im Keime erstickte. Weitere Schwerpunkte unserer heutigen Ausgabe sind ein Rückblick auf den 13. Februar in Dresden und ein Ausblick auf den 5. März in Chemnitz mit den Aktionen gegen die Neonazis, welche diese Gedenktage weiterhin für ihre heimtückischen politischen Zwecke zu vereinnahmen suchen.

Wir hoffen, unseren Leserinnen und Lesern auch mit dieser Ausgabe der mittelsächsischen

**geäußert von den beiden  
vorsitzenden der linken katja  
kippling und bernd riexinger**

Auszüge aus einem Brief  
an die Mitglieder der LINKEN vom 28. Januar

**D**IE LINKE kämpft in diesem Jahr um ihren Platz in Politik, Gesellschaft und sozialen Bewegungen. Wir haben uns seit 2005 als **Partei des Neins zu sozialer Entrechtung und Krieg** profiliert. Seit dem Parteitag in Göttingen sind wir dabei, die Partei neu zu orientieren. Solidarität bedeutet für uns, die politischen Auseinandersetzungen mit Biss nach oben zu führen, damit soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden kann.

..... Nachdem wir als Parteivorsitzende beauftragt wurden, einen **Vorschlag für die Spitzenkandidatur** zu unterbreiten, war für uns klar: Wir wollen eine Lösung, die die Partei eint und geschlossen in den Wahlkampf ziehen lässt. Geschlossenheit ist für eine Partei zwar nicht alles - aber ohne Geschlossenheit nutzt die beste Wahlkampagne wenig.

Sicher, die **Entscheidung für ein achtköpfiges Team** stellt erst einmal einen Bruch mit konventionellen Ritualen dar. Aber ist nicht der zunehmend inhaltsleere Personenkult auch Teil des Problems? Wenn wir den Einstieg in eine solidarische Alternative authentisch vertreten wollen, dann heißt das auch, ihn vorzuleben: gemeinsam statt einsam, miteinander statt gegeneinander, Kooperation statt Konkurrenz.

Nach ausführlicher Diskussion und mit einem zustimmenden Votum der Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände hat der Parteivorstand mit großer Mehrheit unserem Vorschlag zugestimmt. Wir werben im Wahlkampf mit einem **achtköpfigen Spitzenteam** bundesweit um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler. Acht Botschafterinnen und Botschafter für soziale Gerechtigkeit, Frieden, gute Arbeit und mehr Demokratie werden auf Bundesebene prominent unsere Positionen vertreten. Wir lassen uns als Partei nicht auf eine Person reduzieren, sondern leben aktiv den Teamgedanken. Unsere Stärke als Ideenwerkstatt für eine sozial gerechtere Gesellschaft spielen wir aus, indem wir Menschen mit Inhalten verknüpfen.

Wir wollen im Wahlkampf nicht weniger, sondern mehr Genossinnen und Genossen, die in Ost wie West im Wahlkampf präsent sind. Wir haben acht Genossinnen und Genossen gewonnen, die glaubwürdig, kompetent und authentisch auf den Kernfeldern des von uns angestrebten Politikwechsels verankert sind. Diese „acht Köpfe für soziale Gerechtigkeit“ werden auf vielfältige und kreative Weise unser Sprachrohr zu den Bürgerinnen und Bürgern sein. Dass Spitzenteam besteht gleichberechtigt aus Frauen und Männern, aus bereits bekannten, aber auch neuen, jungen Gesichtern. .... (Hervorhebungen von uns)



**auf seite - drei -  
- immer konsequent links -  
unser monatlicher  
meinungsbeitrag**

Die LinksWorte stellten in einer der jüngsten Ausgaben die Frage „Ist da überhaupt noch Leben drin?“. Zu sehen war auch einer der besten Poster unserer Partei. Gezeigt wird der Karl-Marx-Städter „Nischel“ mit der Antwort „Da ist noch Leben drin!“. Seit einiger Zeit beschäftigt sich ein Trüppchen von Genossen als Wahlkampfaktiv mit der Vorbereitung der bevorstehenden Wahlen. Natürlich geht es zunächst vorrangig ums Organisatorische. Indirekt begonnen hat dies vor Monaten mit einem Blick auf die Kassenlage. Das Ergebnis wirkte ernüchternd. Mit den üblichen Appellen an Beitragserlichkeit und Dergleichen war angesichts der schwindenden Mitgliederzahl nichts zu machen. Und so wurde eine Spendenaktion ins Leben gerufen. Dem wurde zwar auch mit ein wenig „Telefonterror“ nachgeholfen. Und siehe da: Es steckt noch Leben drin. Zum Tage des Redaktionsschlusses gingen ca. 7.700 Euro ein. Wir sollten diese Thaler beim Ausgeben mehrmals umdrehen und einen pfiffigen und intelligenten Wahlkampf damit führen.

Ohne zu übersehen, dass die organisatorischen Voraussetzungen für das Funktionieren eines Kreisverbandes von herausragender Bedeutung sind und ein Nachholbedarf im neugeschaffenen Kreisverband Mittelsachsen besteht, wird die politische Ausstrahlungskraft von den Inhalten bestimmt werden. Und dies geht die gesamte Mitgliedschaft an. Ein singular agierender Vorsitzender kann da wenig bewirken. Welche Kraft die Partei entfalten kann, wenn sie im Bündnis mit Gleichgesinnten agiert, zeigt der Dresdner Dreizehnte Februar. „Dresden nazifrei“ hat es geschafft. Die Enkel von Hitler, Himmler und Goebbels versuchen es zwar noch ein Bisschen, aber sie haben keine Chance (mehr). „Dresden nazifrei“ ist ein Bürgerbündnis meist junger Leute. Und DieLinke ist mittendrin. Unser Gesicht ist Genosse Jens Thöricht aus Zittau. Das Beispiel ist tauf frisch, aber eben beispielgebend dafür, was im Bunde mit den Bürgerinnen und Bürgern im Umfeld zu erreichen geht. Das ist zwar keine Revolution, aber es verändert die Gesellschaft zum Besseren. (mm)

von unserem Redaktionsmitglied  
Michael Matthes

Nach der ersten Tuchföhlung zwischen den Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes DerLinken vom Ulm-Donau-Alb-Kreis und unserem Kreisverband (Die LinksWorte berichteten darüber) sollten nun Nägel mit Köpfen gemacht werden. Und so begaben wir uns – diesmal Walter Exner aus Rochlitz und ich – auf dem fünfhundert Kilometer langen Weg ins Schwabenland. Es sei schon vorweggenommen, besser könnte die Ausgangslage nicht sein. Ulm als urbanes Zentrum ist eine Großstadt mit etwa 120.000 Einwohnern – also dem Dreifachen von Freiberg. Ulm hat ebenfalls eine Universität mit einem sehr modernen und ausgedehnten Campus am Eselsberg, einem dem sieben Ulmer Hügel. Unübersehbar ist auch die industrielle und gewerbliche Stärke. Ulm bildet mit Neu-Ulm auf der bayrischen Seite des Donau-Ufers eine Doppelstadt, deren beide Teile sich in vielfacher Hinsicht gegenseitig ergänzen. Ulm bildet das Zentrum des Landkreises Donau-Alb. Landschaftlich geprägt vom Mittelgebirge der

mal mit einem Abgeordneten vertreten. Man stelle es sich vor, wenn ein einzelner Stadtrat die Kraft aufbringen muss, um sich wenigstens von den wichtigsten Dingen des Kommunalgeschehens die notwendigen Kenntnisse zu verschaffen. Man kann nur den Hut ziehen vor den schwäbischen Genossinnen und Genossen und mit welcher Leidenschaft und mit welcher Intensität sie sich der „Graswurzelarbeit“ in der Nähe der Bürger widmen. Nicht zu vergessen: Die Genossinnen und Genossen dort sind ebenso Freizeit-Linke. Parteistrukturen stehen ihnen fast nicht zur Verfügung. So gibt es in Ulm ein Regionalbüro der Tübinger Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel – und das war’s dann weit und breit.

Walter Exner und ich waren Augen- und Ohrenzeuge einer Veranstaltung am Abend unseres Ankunftstages. Dabei ging es um sozialverträgliches Wohnen. Eingeladen hatte die Ulmer Linke, unterstützt von Heike Hänsel. Ebenso eingeladen waren Sprecher von Bürgerinitiativen aus Freiberg. Der Einladung waren Vertreter der betroffenen Bürger in Ulm gefolgt. Der Saal

Kreis zusammen, um über die anzustrebende Partnerschaft zu sprechen. Interesse besteht von beiden Seiten. Einig waren wir uns ganz schnell darüber, dass es nicht vorteilhaft wäre, schon ein großes Projekt zu entwerfen. Stattdessen haben wir vereinbart, ein kleines Programm für einen Gegenbesuch in Mittelsachsen zu besprechen und dann anschließend die folgenden Aktivitäten zu vereinbaren. Der Gegenbesuch würde sich in etwa so gestalten, dass es je nach Anzahl der anreisenden Schwaben Treffen in ausgewählten Ortverbänden gibt. Bei dieser Gelegenheit möchten die Gäste die kommunalen Probleme vor Ort kennenlernen und sich insbesondere über die Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeinde- und Stadträten unterrichten. Besonderes Interesse findet die Sozialservice gGmbH in Rochlitz. Aus dem Resümee der Kontakte und bei einer Kennenlernrunde auf Kreisverbandsebene wäre dann die Partnerschaft fortzuschreiben. Und natürlich sollte ein kleines Kulturprogramm nicht fehlen.

Walter Exner und ich führen mit der Überzeugung zu-



Foto: Hans Thier-Diaz

Schwäbischen Alb. Ein Städtchen und ein Dörfchen schöner als das andere.

Im Gegensatz zum Vergleich der Struktur, Größe und Wirtschaftskraft unserer beiden Landkreise steht Struktur und Größe unserer beiden Kreisverbände. In der Zahl der Mitglieder ist das Verhältnis etwa Eins zu Zehn. Die schwäbischen Genossinnen und Genossen befinden sich also ganz am Anfang des Aufbaus einer Partei, wohingegen wir unsere Probleme haben, die politische Schlagkraft des Kreisverbandes zu erhalten. Das spiegelt sich natürlich auch bei der Repräsentanz der Partei in den kommunalen Vertretungen wider. Im Ulmer Stadtrat ist DieLinke gerade

war voll und die Aussprache lebhaft. Für uns als Gäste war es neu, dass die uns bekannten Probleme auch im „reichen“ Baden-Württemberg angekommen sind. Wir hörten, dass es nicht wenige Bürgerinnen und Bürger gibt, die schon mehr als die Hälfte ihres Monatseinkommens für die Miete aufwenden müssen. Hinzu kommt, dass Wohnungen mit bezahlbaren Mieten verschwinden zu Gunsten von luxussanierten oder neu gebauten unerschwinglichen Objekten. Offensichtlichen bilden nur DieLinken ein Forum und ein Sammelbecken für die geplagten Bürgerinnen und Bürger. Schließlich saßen wir im kleinen

rück, dass eine Partnerschaft eine interessante Bereicherung unserer politischen Arbeit werden kann. Für die Genossinnen und Genossen im Partnerverband ist es die Aufgabe, in ihrem schwarzen Landkreis rote Inseln und Gebiete entstehen zu lassen. In unserem Landkreis muss der Rückgang unserer Präsenz gestoppt und das Entstehen weiterer weißer Flecken ohne Linke in den Räten aufgehalten werden. Und wie man das mit wenigen Leuten bewerkstelligt, dürfte für uns eine nicht uninteressante Erfahrung sein.

vor der bundestagswahl - analyse der gegenwärtigen lage und aktivierung linker wähler



Mit einer Parteiaktivtagung am 16. Januar hat der Kreisverband der LINKEN den Auftakt zum Bundestagswahlkampf gegeben. Der Parteivorstand hat auf seiner jüngsten Sitzung am 9. und 10. Februar sehr intensiv mit dem Rohentwurf des Programms zur Bundestagswahl beschäftigt. Am 20. Februar wird der erste (vollständige) Entwurf vorgelegt, der im März auf fünf Regionalkonferenzen und vielen Veranstaltungen diskutiert werden soll.

**Genosse Reinhard Kluge** aus Rechenberg-Bienenmühle möchte vor allem auf inhaltliche

Aspekte des Wahlkampfes in Vorbereitung auf die Bundestagswahl aufmerksam machen. Wir dokumentieren im folgenden seine Überlegungen.

Wir tun gut daran, die Wahlchancen der Linken in diesem Jahr nicht allzu hoch anzusetzen. Die politische Lage ist für uns sehr viel schwieriger als 2009. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so haben ihn die Landtagswahlen in Niedersachsen geliefert: Wir haben gehofft, den Wiedereinzug in den Landtag zu erreichen. Zu erwarten war das kaum, trotz eines engagierten Wahlkampfes mit einem ausgewogenen, überzeugenden Wahlprogramm. Ich teile die Einschätzung aus Berlin und Hannover: Bundes- und Landesvorstand können es sich positiv anrechnen, engagiert gekämpft und kaum Fehler im Wahlkampf gemacht zu haben. Wenn wir dennoch bei einer Wahlenthaltung von 40 Prozent bei drei Prozentpunkten hängen blieben, muss bei der Analyse tiefer geschürft werden als etwa in der Ebene von Vermutungen über verlorenes Vertrauen wegen der Personalquerelen oder von Wählerbeeinflussung durch die Prognosen. Eine realistische Bewertung wird an einer Reihe von objektiven (im Sinne von linker Seite kaum beeinflussbaren) Sachverhalten nicht vorbeigehen können. Da ist **erstens** der in der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der alten Bundesländern tief verwurzelte Antikommunismus, der durch das Scheitern des Sozialismus und die andauernde Delegitimierung der DDR noch befestigt worden ist, eine Ideologie, die von der CDU/CSU, der SPD und den Grünen absichtsvoll gepflegt und als Totschlagargument gegen die Linken wirkungsvoll am Leben erhalten und im Wahlkampf aktiviert wird. Da ist **zweitens** die von mehr als einem Drittel der Bevölkerung ge-

übte Wahlenthaltung, Ausdruck einer tief verinnerlichten Auffassung, dass Wahlen nichts ändern. Diese Auffassung reflektiert gewissermaßen negativ den von der politischen Klasse der BRD, der politischen und wirtschaftlichen Führungselite und ihren Medien vertretenen Standpunkt, ihre neoliberale Politik sei alternativlos. Hinter der Wahlabstinz verbergen sich unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen, die von politischem Desinteresse, vermutlich die Mehrheit der Nichtwählerschaft, über ideologisch motivierte Wahlverweigerung bis hin zur politischen Ablehnung des Parlaments- und Parteiensystems aus extrem rechten oder anarchistischen Ansichten reichen. **Drittens** ist das politische Umfeld jetzt dadurch geprägt, dass unser unmittelbarer Hauptkonkurrent, die SPD gegenwärtig auf Bundesebene in der Opposition agiert. Wir haben es heute mit einem ganz anderen Konkurrenten zu tun als zur Zeit der grün-roten Regierung unter Schröder und Fischer sowie der großen Koalition unter Merkel und Steinmeier, als die SPD sich ganz im neoliberalen Fahrwasser befand, und Teile ihre sozial orientierten Wählerschaft an die WASG und später an die Partei DIE LINKE verlor. Bekanntlich hat sich die SPD unter Gabriel nach 2010 wieder stärker sozial orientiert und Themen ihres linken Konkurrenten absichtsvoll übernommen. Und einem erheblichen Teil unserer Wähler erscheint das durchaus glaubhaft, nicht weil sie uns soziale Kompetenz nicht zutraut, sondern weil sie sonst fürchtet, eine politisch mögliche Regierungsalternative SPD-Grüne zu verhindern. Denn das eben ist der Knackpunkt der gegenwärtigen Lage: Eine Mehrheit für SPD-Grün gegen

Schwarz-Gelb erscheint realistisch, besonders angesichts der Schwäche der FDP, die liberale Wählerschichten vor allem an die Grünen verloren hat. Da gerät die LINKE zwangsläufig in schwieriges Fahrwasser. Für viele unserer potentiellen Wähler wird ein taktisch bestimmtes Votum, bestimmend, Programminhalte erscheinen zweitrangig. Und das könnte für die Bundestagswahl noch mehr als für Landtagswahlen gelten. Und das um so mehr, da wir mit unseren außenpolitischen Positionen, die nach meiner Meinung auch nicht verhandelbar sind, im heutigen europäischen Umfeld in eine Mitte-Links-Koalition der Bundesrepublik nicht recht hineinpassen wollen. Es sei denn, dass SPD und Grüne ihr Verhältnis zur NATO und zur Frage der friedlichen Lösung von Konflikten ändern, was kaum vorstellbar ist. Denn dann

sein, ob und wie es uns gelingt, unter diesen Bedingungen über unsere eigene Mitgliedschaft und treuen Anhänger hinaus Wähler zu gewinnen. Vier Zielgruppen sind es: Nichtwähler, linke Sozialdemokraten und Grüne sowie schließlich alternative Linke jeglicher Provenienz. Unter den Nichtwählern sollten wir uns auf solche Menschen konzentrieren, die eine politische Alternative grundsätzlich anstreben, aber für sich zur Zeit das Mittel der Wahl noch nicht akzeptieren. Linken Sozialdemokraten und Grünen und ihren Anhängern müssen wir noch überzeugender verdeutlichen, dass ihre Ziele und Wünsche von diesen Parteien nur unter Druck der LINKEN und außerparlamentarischer Bewegungen einigermaßen konsequent vertreten werden. Die unterschiedlichen alternativen Linkskräfte können wir nicht nur mit dem historischen Ar-



Muster der Unterschriftenliste der bundesweiten Aktion des Bündnisses „UMfairTEILEN“. Bis zur Bundestagswahl sollen weit über 100.000 Unterschriften für eine dauerhafte Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe gesammelt werden. Unterzeichnung ist auch im Internet möglich. Für den 13. April ist ein dezentraler Aktionstag geplant.

müssten diese Parteien nicht nur ihren Antikommunismus, sondern auch die ebenso tief verwurzelte Idee der atlantischen Gemeinschaft revidieren und sich kritische Positionen zum US-amerikanischen Unilateralismus und zum gegenwärtigen Profil der Europäischen Union sowie der NATO, die aus einem Verteidigungs- in ein weltweit agierendes Interventionsbündnis umgewandelt wurde, erarbeiten.

Das sind die wichtigsten Rahmenbedingungen, unter denen wir den Bundestagswahlkampf 2013 führen. Die Frage wird

gument zu gewinnen versuchen, dass jedwede Spaltung der Linken noch immer geschadet hat. **Wir müssen verdeutlichen, dass wir den globalen Kapitalismus nicht ein bisschen sozial und ökologisch zähmen wollen, sondern dass wir mit unseren Wahlzielen vielmehr erste Schritte in ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gehen wollen, in eine Welt des selbstbestimmten Lebens, der Solidarität und des Friedens. Lasst uns im Wahlkampf die Reihen schließen und gemeinsam für eine starke Linke im Bundestag kämpfen!**



# der 13. februar 2013 in dresden - rückblick und ausblick

An die Mitglieder im Landesverband  
DIE LINKE. Sachsen

**Rico Gebhardt**  
Landesvorsitzender  
**Landesvorstand Sachsen**  
Großenhainer Straße 101  
01127 Dresden  
Telefon 0351 - 85 32 729  
Telefax 0351 - 85 32 720  
Rico.gebhardt@dielinke-sachsen.de  
www.dielinke-sachsen.de

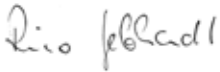
Liebe Genossinnen und Genossen,

seit vielen Jahren versammeln sich im Februar und März in einigen sächsischen Städten Nazis zu sogenannten „Trauermärschen“. Der bekannteste ist in Dresden, aber auch Chemnitz, Freiberg und Plauen dürfen nicht vergessen werden. Die Nazis und Ewiggestrige verdrehen die Geschichte und nutzen den Mythos von „unschuldigen Städten“.

Als antifaschistische Partei unterstützen wir alle friedlichen Aktivitäten zur Verhinderung von Naziaufmärschen und -kundgebungen in Sachsen. Im Vorfeld des 13. Februar 2013 unterstützen wir wieder die breit angelegten Aktivitäten des Bündnisses „Dresden nazifrei“ zur Verhinderung des alljährlichen Aufmarsches von Neonazis anlässlich des Jahrestages der Zerstörung. Das Bündnis „Dresden nazifrei“ agiert hierbei weit über die Verhinderung des Aufmarsches hinaus und hat maßgeblichen Anteil daran, dass zur Gedenkkultur in Dresden Diskussion und Umdenkungsprozesse erfolgen. So ist auch für 2013 geplant, dass der Mahngang „Täterspuren“ wieder durchgeführt wird, dieser beginnt ab 12:30 Uhr. Geplanter Start ist am Friedrich-List Platz (Hauptbahnhof) in Dresden. Weitere Informationen bekommt ihr von uns – wie in den letzten Jahren auch – per SMS am Tag selbst.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Verurteilung von Tim H. durch das Amtsgericht Dresden und das derzeitigen Aufheben parlamentarischen Immunitäten mehrerer Abgeordneter im Sächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag setzen ein politisch völlig falsches Zeichen. Die Entscheidung betrifft nicht nur Tim, Michael, Caren oder Falk und Klaus. So kurz vor dem nächsten 13. Februar in Dresden senden Landtag, Bundestag und Amtsgericht die Botschaft aus, dass Engagement gegen rechts keine Rückendeckung hat. In Wirklichkeit geht es darum, ob wir uns von der neuesten Welle der Kriminalisierung von Antifaschismus entmutigen lassen oder nicht. Wir haben den Nazis in Dresden und anderswo gezeigt, dass wir stärker sind, gemeinsam mit vielen, auch über sonst Trennendes hinweg. Lasst uns das auch diesmal so machen! Ich werde selbstverständlich am 13. Februar in Dresden und am 5. März in Chemnitz gegen die Nazis dabei sein. Ich hoffe viele von euch auch!

Euer



Rico Gebhardt  
Fraktions- und Landesvorsitzender  
DIE LINKE. Sachsen



Aktiv beim Mahngang dabei: Rico Gebhardt (links Bildmitte), Parteivorsitzende Katja Kipping und „Anmelder“ Falk Neubert



Vier Schnapsschüsse aus Dresden, jeweils am Samstag nach dem 13. Februar. Die beiden oberen Fotos aus dem Jahre 2011 mit Menschenkette und der -vorerst- letztmaligen Zusammenrottung der Nazis samstags, die beiden unteren Fotos zeigen den friedlichen Protest im Jahr 2012, leider weiterhin getrennt zwischen der „Arbeitsgruppe 13. Februar“ und dem Bündnis „Dresden stellt sich quer“.

Wir waren am 13. Februar in Dresden dabei. Vor allem bei der sicherlich bewegendsten Veranstaltung, dem **Mahngang** auf Tätersuche nach den faschistischen Verbrechern in Sachsen, besonders in Dresden. Angemeldet hatte ihn der LINKE-Landtagsabgeordnete Falk Neubert, zugleich mittelsächsischer Kreisvorsitzender. Der „Freien Presse“, die unter der Überschrift „Dresdner verhindern Neonazi-Aufmarsch“ relativ ausführlich berichtete, war der Mahngang auf den Spuren der Nazi-Täter lediglich ein Satz - der allerletzte - wert. Man musste immerhin anerkennen, dass man besonders viele junge Menschen am 13. Februar eben zu diesem Mahngang sehen konnte. An verschiedenen Stationen zwischen dem Friedrich-List-Platz am Hauptbahnhof und dem Elbufer/Königsufer, vor-



Schnapsschüsse vom 13. Februar 2013: Der Mahngang auf Täterspuren-Suche (oben) und die Polizeipräsenz zum Schutze der Nazis am Hauptbahnhof (unten).

bei an der Synagoge und dem Deutschen Hygiene-Museum folgten über 3000 Teilnehmer den Spuren der Tätergeschichte der Stadt Dresden.

Neben der Menschenkette und einem Protest am Denkmal der Trümmerfrau vor dem Rathaus - übrigens erstmals unter Teilnahme von CDU-Politikern in „Hör- und Sichtweite“ der Nazis. Von denen waren nach Schätzungen nur etwa 600 bis 800 nach Dresden gekommen, nochmals deutlich weniger als erwartet. Ihnen entgegen standen bis zu 4.000 Gegendemonstranten an verschiedenen Blockadepunkten und im Nachgang der genannten Veranstaltungen. Die meisten der geplanten Aktivitäten der Nazis in der Pirnaischen Vorstadt konnten dadurch blockiert werden. (hw)

## kreistagsfraktion der linken berät zum entwurf des kreishaushaltes



Bereits Ende des vergangenen Jahres sollte an dieser Stelle über die Beschlussfassung zum Kreishaushalt des Jahres 2013 berichtet werden. Aber es kam - wie schon traditionell - wieder einmal anders. Unser Redaktionsmitglied **Sabina Lauterbach** informiert darüber, warum. Nunmehr erfolgt die Beratung des Haushaltes im Kreistag am 27.

Februar. Im Vorfeld fand eine Sitzung der Kreistagsfraktion der LINKEN statt. Sie steht im Mittelpunkt unserer heutigen Berichterstattung. In unserer März-Ausgabe werden wir über die Ergebnisse des Februar-Kreistages zum Haushalt - aus der Sicht der LINKSfraktion ausführlich berichten.

**A**m 23. Januar fand eine Fraktionssitzung zum Thema „Kreishaushalt 2013“ statt. Geplant war die Sitzung eigentlich bereits für den November 2012. Da sich jedoch bereits zum Oktober-Kreistag abzeichnete, dass es noch wesentliche Veränderungen hinsichtlich der Zuweisungen des Landes geben wird, und der Haushalt zu diesem Zeitpunkt ein Defizit von über 17 Mio. Euro aufwies, entschied sich die Verwaltung, den Haushalt erst im Februar-Kreistag zum Beschluss zu bringen. Dies war sicherlich ein richtiger Schritt, denn ein Haushalt mit so einer großen Deckungslücke würde einer Prüfung nicht standhalten.

Die Herren **Jörg Höllmüller** (Abteilungsleiter Finanzverwaltung) und **Andreas Müller** (Geschäftsbereichsleiter Verwaltung, Finanzen und Ordnung) vom Landrat samt informierten an Hand einer Präsentation zu den neuesten Entwicklungen im Haushaltsplanentwurf 2013. Es erfolgten Erklärungen zu den Veränderungen bisher genannter Zahlen. Die Eröffnungsbilanz soll zum Juni-Kreistag vorgestellt werden. Die Verwaltung erhofft sich Rechtssicherheit, wenn die Bilanz durch den Kreistag beschlossen wird.

Minimale Änderungen wären noch möglich. Im Herbst noch schlug ein Haushaltsdefizit in Höhe von mehr als 17 Mio. € zu Buche. Durch höhere Finanzzuweisungen des Freistaates konn-

te dieses Defizit inzwischen minimiert werden.

**Das Wichtigste für unsere Städte und Gemeinden:** Die Kreisumlage bleibt im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 stabil bei 29,95%. Nach den Erhöhungen der letzten Jahre ist dies ein wichtiges Zeichen. Schließlich muss jede Kommune ihren eigenen Haushalt planen. Und die ständigen Erhöhungen der Kreisumlage engt die Kommunen in ihren Möglichkeiten für Investitionen arg ein. **Unsere Fraktion hat mehrfach den Landrat Uhlig aufgefordert, sich in Dresden um ausreichende Mittel und Zuweisungen zu bemühen.** Ob dies Früchte trug oder ganz einfach die Tatsache, dass nächstes Jahr ein Wahljahr ist und Geschenke die Stimmung heben, darüber möchte ich hier nicht orakeln.

**Nun einige Zahlen zum Haushaltsplan sowie veränderte Zahlen gegenüber bisherigen Informationen.**

Im Laufe des Jahres wird ein Kredit in Höhe von 4,6 Mio. € planmäßig getilgt. Zum Jahresende erfolgt bei Bedarf eine erneute Kreditaufnahme maximal in dieser Höhe. Somit bleibt die Verschuldung je Einwohner relativ stabil. Mittelsachsen hätte eine der geringsten Pro-Kopf-Verschuldungen in Sachsen.

Hier muss angemerkt werden, dass auch im vergangenen Jahr

eine Kreditermächtigung vorlag, diese jedoch nicht benötigt wurde. Das zeigt auch ein Sparpotential in einem beschlossenen Haushalt auf.

Eine Nachfrage aus der Fraktion, ob man durch das derzeitige niedrige Zinsniveau doch etwas mehr investieren und einige Straßen mehr sanieren könne, wurde verneint. Sollte ein Kredit aufgenommen werden, so nur entsprechend seiner Bestimmung z.B. Kfz - kurzfristig, Immobilie langfristig.

Insgesamt erhöhen sich die Finanzzuweisungen aus Dresden um 26 Mio. €, verteilt auf die Landkreise. Auch die Städte und Gemeinden erhalten 9 Mio. höhere Zuweisungen.

**Für den Landkreis gibt es folgende Veränderungen:**

- allgemeine Schlüsselzuweisungen: + 2,6 Mio. €, gesamt 62,6 Mio. €
- Ergänzungszuweisung: + 0,5 Mio. €, gesamt 21,1 Mio. €
- Kreis- und Finanzausgleichsumlage: +3,6 Mio. €, gesamt 77,1 Mio. €

In Summe erhöhen sich die Zuweisungen für den Landkreis Mittelsachsen um 6,7 Mio. € und belaufen sich nunmehr auf 187,1 Mio. €.

Die Zuweisungen für übertragene Aufgaben und der Mehrbelastungsausgleich bleiben gleich.

Die **Umlagegrundlagen** für die Kreisumlage gestalten sich ebenfalls positiv. Bisher ging man von 242,3 Mio. € aus (2012 - 247,3 Mio. €). Nach neuesten Steuermesszahlen werden 255,1 Mio. € erwartet. Die Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden sinkt um 15 Mio. €. Dafür steigen die allgemeinen Schlüsselzuweisungen jedoch um ca. 20 Mio. €. Beispielsweise hat Freiberg bisher keine allgemeinen Schlüsselzuweisungen

erhalten. Durch die wirtschaftlichen Entwicklungen im letzten Jahr - u.a. durch den dramatischen Umsatzeinbruch beim Unternehmen SolarWorld AG - erhält Freiberg ab 2013 diese Zuweisung wieder. Die allgemeine Schlüsselzuweisung erhöht die Umlagegrundlage.

Maßgebliche zahlungswirksame Einzelveränderungen in den Fachbereichen erbrachten weitere 5,2 Mio. € an Einsparungen.

**Somit ist das Haushaltsdefizit im Zeitraum Oktober 2012 bis jetzt von ca. 17 Mio. € auf 4,5 Mio. € gesunken.**

Im Ergebnishaushalt sind 20,2 Mio. € nicht zahlungswirksam und „verschönern“ den Haushalt. Dies ist jedoch nur bis zum Jahr 2014 möglich.

**Beispiele zum Ergebnishaushalt:**

- **Schülerbeförderung:** 7,05 Mio. € (498 € je Fahrschüler)
- **Kultur:** 3,08 Mio. € (10 € je Einwohner)
- **ÖPNV:** 7,65 Mio. € (24 € je Einwohner)
- **Lernmittel:** 0,59 Mio. € (75 € je Schüler)
- **Hilfe zum Lebensunterhalt:** 1,42 Mio. € (4 € je Einwohner)
- **Hilfe zur Erziehung:** 7,62 Mio. € (24 € je Einwohner)

**Anschließend wurden noch einige Fragen unserer Kreisräte beantwortet. Der Haushalt soll am 27. Februar durch den Kreistag beschlossen werden. Da sich die Kreisumlage nicht verändert, wird er wohl die Mehrheit der Stimmen erhalten. Unsere Fraktion fordert natürlich, dass der Elternanteil der Schülerbeförderungskosten auf irgendeine Weise, notfalls durch Haushaltsmittel, übernommen werden.**





von unserem Redaktionsmitglied  
Sabine Pester

**W**as soll man davon halten, wenn die sächsische Staatsregierung wieder zig Millionen für eine teure Imagekampagne ausgeben will? Und an anderer Stelle aber wieder mal den Rotstift ansetzt, wie bei der Förderung von etablierten Projekten gegen Rechtsextremismus? Nichts. Genau deswegen hat die Fraktion DIE LINKE im sächsischen Landtag den Doppelhaushalt für 2013/2014 abgelehnt.

Schwarz-Gelb hat den Anschluss verpasst. Statt Geld in Erhalt und Modernisierungen zu stecken, landete es unter dem Verweis angeblicher Staatsarmut auf der hohen Kante. Gerade in den letzten beiden Jahren wurden vor allem die Sozialausgaben weit unter die Schmerzgrenze gedrückt. Und unter dem Schlagwort „Staatsmodernisierung“ versteht die Koalition Stellenabbau und Reallohnkürzungen. Die Folgen sind bereits jetzt zu spüren: Fachkräftemangel, marode Schulgebäude und Kindergärten, unzufriedene Staatsbedienstete, klamme Kommunen und so weiter und so fort.

Nun kam Finanzminister Georg Umland am Ende 2012, verwies auf günstige Zinsen sowie Mehreinnahmen und kündigte zusätzliches Geld an. Dieses wird vor allem 2014 seinen Weg ins Land finden - dem Jahr wo auch Landtagswahlen stattfinden. Ein Schelm wer dabei Böses denkt. Aber werden denn dadurch in den nächsten beiden Jahren auch die Baustellen angegangen, die es dringend nötig haben? Also wird die Jugendpauschale wieder angehoben, der Kita-Fachkräfteschlüssel

herabgesetzt, die Lehrkräfte besser bezahlt, den Staatsbediensteten ihr Weihnachtsgeld wieder ausgezahlt und der Abbau der Polizeistellen gestoppt. Nein, natürlich nicht. Weder wurden die 2010 beschlossenen Sozialkürzungen von 12 Prozent zurück genommen, noch gab es ernsthafte finanzielle Lösungsansätze für die Herausforderungen der nächsten Jahre. Das ist umso unverständlicher, wenn man sieht, dass die Rechtfertigung für diesen Sozialkahlschlag wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen ist: Um sage und schreibe 2,7 Milliarden Euro hat der Finanzminister den Freistaat für 2011 und 2012 zu arm gerechnet. Trotz Reserven in Höhe von 5 Milliarden Euro, werden nur mal hier und mal dort ein paar Millionen Euro verteilt. Und die Staatsregierung sieht sich dabei als großer Gönner. DIE LINKE will keine Neuverschuldung für Sachsen. Aber sie möchte auch nicht, dass die Mehreinnahmen in Milliardenhöhe - die die sächsischen Bürgerinnen und Bürger erarbeitet haben - in Vorsorgefonds und zur Rettung der Landesbank versenkt werden. Dafür hatte die Landtagsfraktion über 100 fundierte Mängelanzeigen und Verbesserungsvorschläge in die Haushaltsdebatte eingebracht. Denn das nötige Geld ist vorhanden.

So hat die Fraktion unter anderem einen Antrag zur Höhergruppierung aller Lehrerinnen und Lehrer von Grund-, Mittel- und Förderschulen eingebracht. Die Koalition begnügte sich nur mit der Höhergruppierung der Grundschullehrerinnen und -lehrer. Damit können aber die jungen gut qualifizierten Fachkräfte hier nicht mehr gehalten werden. Bereits jetzt verabschieden sich massiv die neuen Lehrkräfte in andere Bundesländer, wo sie bessere Arbeitsbedingungen vorfinden.

Ein ähnlich düsteres Bild zeigt sich bei der frühkindlichen Bildung. In den brandenburgischen Kitas werden beispielsweise zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. In den sächsischen Kitas sollen Kita-Helferinnen und -Helfer den Mehrbedarf richten. Die von der Fraktion - in Übereinstimmung mit den Fachleuten - geforderte Verbesserung des Personalschlüssels fand in den Reihen der Koalition keine Mehrheit.

Auch andere Anträge fanden keine Zustimmung in den Reihen der Koalition, wie die Feuerwehrrente mit monatlich maximal 100 Euro für 20 und mehr Einsatzjahre in der Freiwilligen Feuerwehr - als Anerkennung einer wichtigen Gesellschaft. Genauso wie bei der Antrag Gelder für Lernmittel einzustellen, die Aufstockung bei den Mitteln für Schulsanierungen oder der Schülerbeförderung abgelehnt wurde. Auch das von unserer Fraktion vorgeschlagene Aktionsprogramm „Barrierefreiheit und Inklusion in Sachsen“ zur Umsetzung der UN-Indertenrechtskonvention wurde als zu unbedeutend erachtet um in der Staatsregierung eine Mehrheit zu finden.

Die zunehmende Armut, Kostensteigerungen für Wohlfahrtsverbände und Vereine, umfangreichere Aufga-



*Eine endlose Geschichte: die Aufhebung der Immunität für den Kreisvorsitzenden und MdL Falk Neubert. Nebenstehend mehr dazu.*

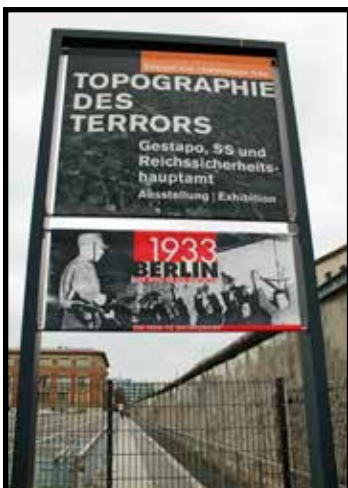
ben in der Jugendhilfe, Kommunen am Rande ihrer finanziellen Selbstständigkeit, ein drohender Pflegenotstand sowie einen Ärzte- und Pflegepersonal-mangel will die Koalition anscheinend nicht sehen. Nach dem Motto „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“ regiert die sächsische Koalition stur weiter, ohne auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. Zusammenfassend kann man sagen, dass mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes die Chance vertan wurde, die mit dem Landeshaushalt 2011/2012 geschaffenen erheblichen Gerechtigkeitslücken, insbesondere im soziokulturellen und Tarifbereich zu schließen. Da kann man nur noch „Armes Sachsen“ sagen.

## Die sächsischen Justiz- und Verwaltungsmühlen mahlen langsam

In Dresden wurde vor kurzem wieder an die Zerstörung zum Ende des Weltkriegs erinnert und gegen den Neonaziaufmarsch protestiert. Die Justiz arbeitet indes immer noch die Blockade einer Rechten-Demo vor zwei Jahren auf. So wartet **Falk Neubert** noch immer auf die Anklage wegen seiner Teilnahme an den Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch 2011 in Dresden. Wegen der langen Verfahrensdauer hat sein Anwalt André Schollbach die Staatsanwaltschaft gerügt: „Die ganze Sache schwebt über meinem Mandaten wie ein Damoklesschwert und ist eine Belastung“. Er hat deshalb eine sogenannte Verzögerungsrüge bei der Staatsanwaltschaft Dresden eingereicht. Von der Staatsanwaltschaft war zu dem Zeitpunkt nicht zu erfahren, wie es in diesem Verfahren und bei anderen Ermittlungen weitergehen soll. Gegen Neubert war Strafanzeige gestellt worden, nachdem er sich am 19. Februar 2011 an der Blockade eines genehmigten Neonazi-Aufmarsches zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens Ende des Zweiten Weltkrieges beteiligt hatte. Der Landtag hob im September 2012 die Immunität Neuberts auf, damit Anklage wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erhoben werden kann. «Passiert ist seither nichts», so Schollbach. Die Ursache für diese Verzögerung ist inzwischen klar: Eine Panne in der sächsischen Landtagsverwaltung. Diese hatte versäumt der Dresdner Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität mitzuteilen. Weshalb allerdings die Behörde angesichts der Presseberichterstattung über die Aufhebung der Immunität nicht von sich aus nachgefragt hatte, blieb bis jetzt unklar.



vor 80 jahren - der ns-terror vor allem gegen kommunisten, sozialdemokraten und gewerkschafter begann



Die Berliner „Topographie des Terrors“ in der ehemaligen Gestapo-Zentrale wartet zurzeit mit einer Sonderausstellung zu den Ereignissen 1933 in Berlin auf. Sie ist Bestandteil des Berliner Themenjahres „Zerstörte Vielfalt Berlin 1933 - 1938 - 1945“ mit über 500 Veranstaltungen & Ausstellungen in Berlin mit z.T. erschütterten Dokumenten.

Reichstagswahlen im November 1932, 4,2 Prozent der Stimmen, KPD und SPD zusammen übertrafen wieder den Stimmenanteil der Nazis. Deren unaufhaltsamer Aufstieg schien vorerst gestoppt. Bis zum 30. Januar 1933. Da begann die Phase der nationalsozialistischen Machteroberung 1933/34. Bezeichnend, dass die Nazis den 30. Januar später als „Tag der nationalen Erhebung“ feierten. An der Übertragung der Macht an Hitler waren auch konservative Politiker und Parteien beteiligt.

Das vereinigende Glied zwischen den Faschisten, der Deutschnationalen Volkspartei und den Parteien der Mitte war der Antikommunismus. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler rief die KPD zum reichsweiten Generalstreik auf, der aber nur auf eine geringe Resonanz traf. Am 7. Februar 1933 fand im Sporthaus Ziegenhals ein vom ZK einberufene Tagung der KPD statt. Auf ihr sprach Thälmann zum letzten Mal vor leitenden KPD-Funktionären zur bevorstehenden Reichstagswahl am 5. März 1933, zur Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes Hitlers durch eine Volksfront aller linken und liberalen Parteien. Am 23. Februar wird das Karl-Liebknecht-Haus - die Parteizentrale der KPD - von der SA besetzt und geschlossen.

Am Nachmittag des 3. März 1933 wurde Ernst Thälmann von der SA festgenommen.



Die symbolische Verneigung Adolf Hitlers vor Paul von Hindenburg am 21. März in Potsdam. Die unheimliche Allianz der Nazi-Diktatur mit den Eliten des preußischen Militarismus war endgültig besiegelt.

Das war zwei Tage vor der Reichstagswahl und wenige Tage nach dem Reichstagsbrand. Dieser lieferte den Vorwand, über die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar (d.h., sie lag schon längst in der Schublade) und das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 die Bürgerrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen und die Strukturen der KPD praktisch zu zerschlagen. Der Grundstein dafür war bereits am 4. Februar mit der Verordnung Hindenburgs zum Schutze des deutschen Volkes gelegt worden.

Die Reichstagswahl am 5. März stand bereits im Zeichen der beginnenden Diktatur. Die Nazis erreichten 43,9 Prozent der Stimmen, die SPD 18,3 und die KPD immerhin 12,3 Prozent. Zusammen

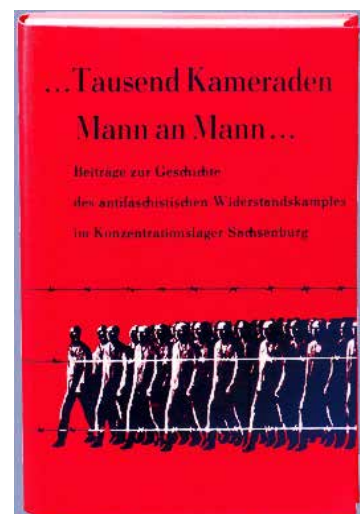
mit der Deutschnationalen Volkspartei hatten die Nazis eine parlamentarische Mehrheit, mit welcher der weitere Weg in die Diktatur geebnet war. Bereits zu den nächsten Reichstagswahlen im November 1933 gab es nur noch eine Einheitsliste der NSDAP. Die konstituierende Sitzung des am 5. März gewählten Reichstages fand - schon ohne KPD-Abgeordnete - am 21. März in der Garnisonskirche Potsdam statt (siehe dazu das nebenstehende Foto). Am darauffolgenden Tag wurde in Dachau das erste KZ eingerichtet und am 23. März - gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten - das Ermächtigungsgesetz beschlossen, mit dem das Parlament der Regierung außergewöhnliche Vollmachten gewährte. Zu allem dem mehr in unserer Märzausgabe.

Eines der ersten Konzentrationslager in unserer Region wurde Anfang Mai 1933 unterhalb von Schloss Sachsenburg bei Frankenberg errichtet. Ende 1933 existierten bereits ca. 50 „Schutzhaft- bzw. Konzentrationslager in Deutschland. Im KZ Sachsenburg litten 2000 Antifaschisten unter dem Terror der Faschisten.

Vor allem Funktionäre und aktive Mitglieder der KPD und SPD aus Chemnitz sowie 40 aus dem KZ Plau (Plau ist seit 1962 Teil von Flöha) deportierte Häftlinge mussten das Lager im Frühjahr 1933 errichten. Das KZ Plau bestand von März bis Juli 1933 und wurde von den Nazis in einer von Arbeitersportlern erbauten Turnhalle errichtet.



Schlimmste Demagogie: Ein Plakat der Nazis zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932, aus der Hindenburg als Sieger gegen Hitler und Ernst Thälmann hervorging (Bild links). Der „Völkische Beobachter“, das Leib- und Magenblatt der Faschisten (Herausgeber Adolf Hitler), mit seinem Aufmacher vom 1. März 1933. Im Visier: „Kommunistische Brandstifter des Reichstagsgebäudes“. Die erbarmungslose Jagd auf die Mitglieder der KPD war eröffnet. (Bild rechts)



Die Beiträge zur Geschichte des KZ Sachsenburg erschienen erstmals im Jahr 1956 und überarbeitet 1987. Wir kommen im März darauf zurück.



von unserem Redaktionsmitglied  
Ruth Fritzsche

7 drei-stöckigen Häusern räumten nun den Schutt aus ihren Wohnungen, längst der Häuserzeilen türmten sich die Schutberge und auf dem Schutt zahlreiche Hitlerbilder. Wer hat sie wohl dort drapiert, doch nur ehemalige Besitzer. Der Nazi-blockwart versuchte herauszubekommen, wer sie dort hingeschmissen hat, konnte aber nichts erfahren. Das war aber nicht nur auf unserer Straße so. In ganz Chemnitz, wo die Häuser diese Erschütterung erleben mussten, war dies der Fall. Bei einer Fahrt mit dem Rad durch Chemnitz konnte ich dies feststellen.

Für viele der damals Betroffenen, - Ausgebombte und Geschädigte - war klar, wem sie das zu verdanken hatten, nämlich Hitler und seiner Mörder-Clique. Der 5. März 1945 war dann der Höhepunkt. Gegen 20.00 Uhr heulten die Sirenen und meine Familie und die meisten der Bewohner unserer Häuser begaben sich in einen „splittersicheren“ Luftschutzbunker der nahe liegenden Eisengießerei Franke. Keiner traute mehr den Luftschutzkellern unter unseren Häusern. Dann wurden die „Christbäume“ gesetzt und das Bombardement begann. Danach brannten 5 der 7 Häuser völlig aus und die restlichen 2 konnten nur mit Mühe und viel heran geschleppten Wasser in einer Eimerkette gerettet werden. Das war dann unsere Nachtbeschäftigung bis zum Morgengrauen.

Die Verzweiflung und die Angst vor weiteren Angriffen saß bei uns allen, die wir das erleben mussten, sehr tief. Viele, die dies erlebt haben, sagten damals, „lieber will ich trocken Brot essen, wenn nur erst dieser elende Krieg beendet wäre.“ Meine Familie und ich hofften dann auf ein schnelles Herankommen der Rote Armee, die ja am 12. Januar 1945 mit ihrer großen Offensive die endgültige Niederlage und die bedingungslose Kapitulation der deutschen Faschisten herbeiführte.

Wir haben in der DDR auch nicht beschönigt, dass diese Angriffe kurz vor Kriegsende nicht mehr kriegsentscheidend für die Alliierten waren. Der Krieg der Faschisten war längst verloren. In der DDR haben wir sowohl in Chemnitz als auch in Dresden auf dem Heidefriedhof und anderswo zu den Jahrestagen immer der Toten gedacht, die bei den Bombenangriffen ums Leben gekommen sind. Die Gedenkstätte auf dem Heidefriedhof in Dresden bringt das ganz deutlich durch die Stelen mit den Namen der von den Faschisten geschundeten Städten zum Ausdruck. Wir haben also daraus die einzig richtigen Schlussfolgerungen gezogen: **„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“.**

Deutschland stand am 05. März 1945 bereits dem völligen Zusammenbruch nahe, da erlitt Chemnitz das grausige Schicksal tausender zerbombter Gebiete und Städte, über deren Länder die Nazis in ganz Europa rücksichtslos mit Krieg herfielen und Mord und Totschlag verbreiteten. Es begann mit der völligen Zerstörung der Städte Rotterdam und Coventry und setzte sich uneingeschränkt fort.

Seit vielen Jahren versammeln sich nun in einigen sächsischen Städten, wozu auch Chemnitz gehört, Neonazis zu so genannten „Trauermärschen“. Nazis und Ewiggestrige verdrehen damit die



Geschichte und schwätzen von „unschuldigen Städten“. Wer jedoch hat diesen furchtbarsten aller Kriege begonnen, das waren die deutschen Faschisten. Und wie natürlich nicht anders zu erwarten war, schlugen zu gegebener Zeit vor allem die Engländer mit Unterstützung der US-Amerikaner zurück und zahlten es den Deutschen heim.

Meine Heimatstadt Chemnitz war mit Magdeburg, Dresden und später noch Plauen eine der letzten Großstädte, die bisher im großen und ganzen verschont blieben, aber nun die Wucht der Vergeltung traf. Ich kann mich noch an die ersten Angriffe im Februar 1945, ganz besonders an die am 14. Februar 1945 erfolgten 3 Angriffe erinnern, in deren Verlauf auf den Feldern vor unserem 7-teiligen Häuserblock auf der Olbernhauer Straße Luftminen niedergingen, die die Gebäude schwer erschütterten. Wir, die Bewohner dieser Wohnungen in den

## Ein Beitrag vom linken Jugendverein solid

“Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste

an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen.”

Theodor W. Adorno

# linksjugend [solid]

versucht auf internationaler Ebene die Entscheidung von Opfern

fern zu verhindern. Was ist Gedenken wert in einem Land, das heute mehr denn je an der Gleichsetzung von Nationalsozialismus und so genannten „Linksextremisten“ arbeitet und sich so von seiner Schuld versucht rein zu waschen, um sich gleichzeitig als Opfer zu stilisieren. Und was ist es wert in einer Stadt,



Am 27.01.2013 jährte sich der Tag der Auschwitz-Befreiung, und wieder galt es, an die Schrecken des Holocaust zu erinnern. Wir als Solid Mittelsachsen beteiligten uns neben der Stadt Burgstädt, den Ortsverband der Linken aus Burgstädt und weiteren Initiativen (Freiraum e.V.) an der Kranzniederlegung am Denkmal „Den Opfer des Faschismus zur Ehr“. Jedoch muss mit dem Bewusstsein umgegangen werden, dass in einer Gesellschaft, in der Antisemitismus noch immer auf breite Zustimmung stößt und auch andere Ausgrenzungsmechanismen wie Antiziganismus oder Rassismus in den Köpfen vorhanden sind, man nicht davon sprechen kann, sich der deutschen Schuld bewusst zu sein und Konsequenzen aus dieser zu ziehen. Was ist Gedenken wert in einem Land, das immer noch

die immer noch keinen weiteren Handlungsbedarf gegen die dort ansässigen Neonazis sieht, die immer wieder Bürger der Stadt bepöbeln und antifaschistische Personen tödlich angreifen.

Unsere Aufgabe ist und bleibt, die vorherrschende Gedenkpolitik zu hinterfragen und zu kritisieren. Statt weiterhin zu versuchen, sich der Schuldannahme zu verweigern, sollte die Prämisse sein, jegliches Handeln, das ausgrenzende Denkmuster bestärkt, aktiv zu bekämpfen. Auch kommende Generationen müssen sich der deutschen Vergangenheit bewusst sein, damit sich Auschwitz nicht wiederholt!

**Deshalb am 5.März nach Chemnitz, den Naziaufmärschen ein Ende setzen !!!!**



abschluss von teil -4- unserer zweiten serie: die herren von schellenberg und ihre fehde

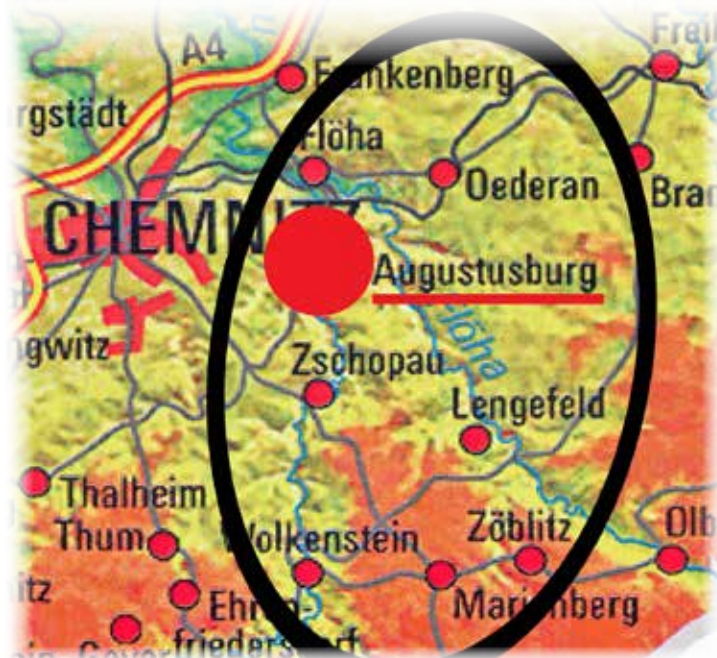
Heute widmen wir uns den **Herren von Schellenberg** und ihrer Herrschaft, die bis zu ihrer Ächtung im Ergebnis der Schellenberger Fehde (auch dazu in unserer Episode) als Reichsministerialien dem Pleißenland zuzuordnen sind. Sie expandierten von ihrer auf dem Schellenberg gelegenen Burg (heute Augustusburg) aus nach Norden und in das Erzgebirge und gerieten dabei mehr und mehr in Konflikt mit den Wettinern. **Im Mittelpunkt von Teil -5- der Serie, in unserer Märzausgabe: die Geschichte von Burg und Schloss Frauenstein.** (hw)

**U**m das Jahr 1136 lässt Kaiser Lothar durch Benediktinermönche aus dem Kloster Pegau im unwegsamen Waldgebiet des Miriquidi das Kloster Chemnitz gründen. Im Jahr 1143 verleiht König Konrad III. diesem Kloster das Marktrecht. Sein Nachfolger, Kaiser Friedrich I. Barbarossa, beginnt 1158 mit der Schaffung des Reichslandes Pleißen (um die Städte Altenburg und Zwickau) als geschlossenes Reichsterritorium. In dieser Zeit setzt auch die planmäßige bäuerliche Besiedlung der Region ein.

An der Grenze der Einflussbereiche der Klöster Chemnitz bzw. Hersfeld (des so genannten „Hersfelder Eigens“) - aber eindeutig auf Hersfelder Gebiet - befand sich der wichtigste Besitz der Herren v. Schellenberg: Ihr Stammsitz - wahrscheinlich als Reichsministe-

rialen - auf dem gleichnamigen markanten Berg zwischen der Zschopau und der Flöha. Jahrhunderte später entstand genau hier das Jagd-

zum „alten“ Lauterstein, der Burg Nidberg, wahrscheinlich am so genannten Löwenkopffelsen im Tal der Schwarzen Pockau zu lokalisieren)



Stark vereinfacht der Herrschaftsbereich der Herren von Schellenberg vor 1324. In jenem Jahr verloren sie alle ihre Besitzungen. Ihre Herrschaft reichte von Wingendorf und Frankenstein im Norden bis Lauterstein und Rauenstein im Süden.

schloss Augustusburg der Wettiner. Zur Herrschaft der Herren v. Schellenberg gehörten im Erzgebirge die Burgen Rauenstein an der Flöha sowie Lauterstein (der „neue“ Lauterstein, im Gegensatz

und Liebenstein, ebenfalls an der Schwarzen Pockau. Diese Burgen sind alle auf dem heutigen Territorium der Erzgebirgsstädte Marienberg und Zöblitz zu lokalisieren. Vor allem Lauterstein und Liebenstein dürften

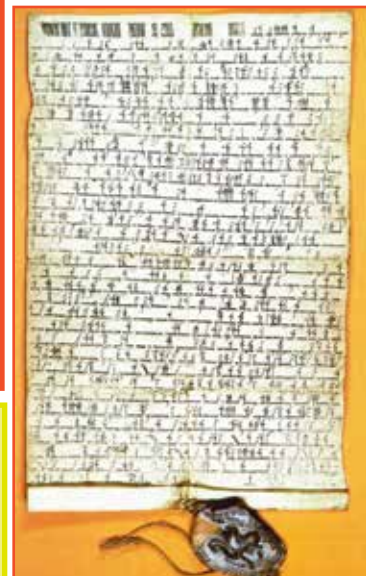
die Herren von Schellenberg mit Gewalt in ihren Besitz gebracht haben. Ihre nördlichsten Besitzungen dehnten sie durch territoriale Expansion bis an die Striegis bei Wingendorf aus.

**D**ie Reichsministerialien von Schellenberg gerieten nach 1286 zunehmend in Konflikt mit dem Kloster Altzella - dem Hauskloster der Wettiner - bzw. den Markgrafen von Meißen. Allerdings liegen für die 38 folgenden Jahre bis zu ihrer Ächtung im Jahr 1324 nur sehr wenige urkundlich belegte Sachverhalte über die Ursachen und den Inhalt der Fehde vor. Erstmals wird für das Jahr 1293 eine Auseinandersetzung zwischen den Schellenbergern und dem Kloster Altzella urkundlich erwähnt, die wohl von den Reichsministerialien ausging. Im Jahre 1286 wurde die Burg Schellenberg durch die Wettiner belagert, ein weiteres Mal im Jahr 1292. Mehrfach wurden danach im Ergebnis von Schiedsverhandlungen Ausgleiche erzielt.

Die Schellenberger versuchten, mit Hilfe einer Fehde eigene Rechtsansprüche gegen das Kloster Altzella durchzusetzen. Dies Zielstellung war zum Scheitern verurteilt. Gegen die Herren von Schellenberg wurde die Reichsacht verhängt. Zwei Urkunden aus dem Jahre 1324 dokumentieren den Untergang der Schellenberger. Die Konsequenz war der Weggang aus ihrem einstigen Herrschaftsgebiet. (hw)



Eine Kostbarkeit in der Schlosskirche auf Schloss Augustusburg: Das 1571 von Lucas Cranach d.J. geschaffene Altarbild der kurfürstlichen Familie mit Kurfürst August und Kurfürstin Anna vor dem Gekreuzigten. Im Kreis aus dem linken Bild ist vermutlich die Vorgänger-Burg Schellenberg zu sehen (großes Bild oben). Rechts die in Dresden ausgestellte Urkunde mit der erstmaligen Erwähnung der Herren v. Schellenberg aus dem Jahre 1206. In ihr wird übrigens auch Dresden erstmals urkundlich erwähnt.





**kreisvorstand aktuell**

(Redaktion) Die turnusmäßige Sitzung des Kreisvorstandes findet erst am 25. Februar statt. Im Vorfeld beraten am 21. Februar der geschäftsführende Kreisvorstand und der Wahlstab. Wir informieren in unserer Märzausgabe.

Im Mittelpunkt der inhaltlich-organisatorischen Arbeit des Kreisverbandes steht die **langfristige Vorbereitung der Wahlen** in diesem und den beiden kommenden Jahren. Den Auftakt dazu gab die Aktivtagung, gleichzeitig als Beratung mit den Orts- und Basisvorsitzenden konzipiert und vorbereitet, am 16. Januar (darüber haben wir in unserer Januar-Ausgabe ausführlich berichtet). Inzwischen ist die Vorbereitung auf die Bundestagswahlen am 22. September angelaufen. Am 7. März findet der **Kreisparteitag** als Gesamtmitgliederversammlung statt, auf welchem u.a. der Wahlkreisbewerber der LINKEN im Wahlkreis 161 (Mittelsachsen) für die Bundestagswahl gewählt wird. Die Nominierung von Jörn Wunderlich im Bundestagswahlkreis 163 (zu dem auch Teile des Landkreises Mittelsachsen gehören) ist bereits erfolgt.

Der kreisliche Wahlstab hat sich bereits am 21. Januar über die Schwerpunkte des Bundestagswahlkampfes verständigt. Das betrifft u.a. die Plakatierung, die Arbeit mit Info-Ständen und die Nutzung der neuen Medien (neben Internet auch Facebook und Twitter). Langfristig wird im Kreisverband.

In den vergangenen Wochen wurde auf Initiative des Kreisvorstandes und als Reaktion auf die im November versandten Aktivierungsbriefe eine **Telefonaktion** durchgeführt. Sie diente zum einen dazu, noch mehr Genossinnen und Genossen für die aktive Mitarbeit im Wahlkampf zu gewinnen, zum anderen aber auch dazu, Dank zu sagen für die vielen Spenden, die zur Unterstützung des Wahlkampfes in den vergangenen Monaten eingegangen sind und täglich weiter eingeht. **Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe spendeten mehr als 180 Genossinnen und Genossen ca. 7.700 Euro für die Unterstützung des Wahlkampfes des Kreisverbandes. der LINKEN.**

**Neuer und aktualisierter Internetauftritt des Kreisverbandes der LINKEN in Vorbereitung**

Koordiniert von **Sabine Pester** hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, welche in den kommenden Wochen die Webseite unseres Kreisverbandes grundlegend neu, vor allem aktueller, gestalten will. Hilfreich dabei ist, dass der sächsische Landesverband, über dessen Server unser Internetauftritt läuft, dabei ist, auf das neue „**LINKE CMS**“ (dahinter verbirgt sich ein **Content Management System** zur modernen Gestaltung der Webseiten von Gliederungen der LINKEN) umzustellen. Natürlich ist auch die Redaktion der LinksWorte in dieser Arbeitsgruppe dabei, um Webseite und Kreiszeitung eng miteinander zu verbinden. Wir informieren unsere Leser über den weiteren Fortgang.

**unsere jubilarer**

**unsere genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !**

**Im monat märz 2013 wird aus diesem anlass gefeiert bei:**



Gerhard Imhof	geb. am	02.03.1926,	in	Mittweida
Annelies Schlüter	geb. am	03.03.1927,	in	Klipphausen
Siegfried Scharschmidt	geb. am	04.03.1925,	in	Burgstädt
Werner Zacharias	geb. am	08.03.1923,	in	Neuhausen/Erzgeb.
Siegfried Gilat	geb. am	09.03.1932,	in	Erlau
Erika Steyer	geb. am	11.03.1930,	in	Oederan
Anneliese Ulbricht	geb. am	12.03.1930,	in	Burgstädt
Annelies Seidler	geb. am	12.03.1943,	in	Rochlitz
Liesbeth Möller	geb. am	13.03.1932,	in	Freiberg
Siegfried Thomas	geb. am	15.03.1938,	in	Döbeln
Dieter Hentschel	geb. am	16.03.1948,	in	Waldheim
Ilona Junghanns	geb. am	20.03.1938,	in	Augustusburg
Jutta Bochmann	geb. am	20.03.1933,	in	Mulda
Reinhard Wilhelm	geb. am	21.03.1921,	in	Altmittweida
Horst Hammer	geb. am	21.03.1925,	in	Wechselburg
Maria Abel	geb. am	23.03.1922,	in	Freiberg
Irmgard Hawer	geb. am	26.03.1929,	in	Leisnig
Werner Ulbricht	geb. am	27.03.1925,	in	Oederan
Danuta Klug	geb. am	29.03.1928,	in	Brand-Erbisdorf
Lotte Leßig	geb. am	30.03.1923,	in	Hainichen
Brigitte Grund	geb. am	30.03.1938,	in	Hartha
Hans-Joachim Klöpffer	geb. am	31.03.1930,	in	Freiberg
Erika Rietzschel	geb. am	31.03.1938,	in	Döbeln
Heinz Koch	geb. am	31.03.1922,	in	Großhartmannsdorf

**jahrestage 2013 - monat märz**

- 11. März 1713** Der Friede von Utrecht wird geschlossen. Gruppen des Widerstands.
- 17. März 1948** Der Brüsseler Fünfmächtepakt (Westunion) richtet sich als erstes Nachkriegsbündnis gegen die Sowjetunion.
- 20. März 1948** Aus Protest gegen die Empfehlungen der Londoner Sechsmächtekonferenz verlässt der sowjetische Militärgouverneur den Alliierten Kontrollrat, der danach nicht wieder tagt.
- 31. März 1948** Egon Erwin Kisch (der rasende Reporter) gestorben.
- 05. März 1953** J.W. Stalin verstorben.
- 06. März 1983** Den Grünen gelingt mit 5,6 Prozent der Stimmen erstmals der Einzug in den Deutschen Bundestag.
- 20. März 2003** Beginn des 3. Golfkrieges.
- 21. März 1933** Die Eröffnung des Reichstages wird als „Tag von Potsdam“ und als Schulterschluss zwischen dem NS-Regime und den traditionellen preußischen Eliten inszeniert.
- 22. März 1933** In Dachau wird das erste KZ eingerichtet.
- 23. März 1933** Die SPD stimmt im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz. Die Mandate der KPD waren zuvor annulliert worden.
- 12. März 1938** Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland.
- 15. März 1938** N.I. Bucharin wird in der UdSSR als Volksfeind hingerichtet.
- März 1943** Gründung des Nationalrates der Résistance in Frankreich. Er koordiniert alle

## Terminübersicht

### Februar 2013:

- 23.02. 10 Uhr *Kleiner Parteitag des Landesverbandes der LINKEN mit anschl. Workshops Weinböhla, „Waldhotel“, Forststraße 66*
- 25.02. 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes der LINKEN Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41*
- 26.02. 17 Uhr *Wahlplenum beim Landesvorstand der LINKEN Sachsen Gewerkschaftshaus Dresden*
- 27.02. *Kreistag Mittelsachsen Freiberg, Berufliches Schulzentrum „Julius Weisbach“, Schachtweg 2*

### März 2013:

- 07.03. 17 Uhr **Gesamtmitgliederversammlung (Kreisparteitag) des Kreisverbandes Mittelsachsen der LINKEN zur Wahl des Bewerbers im Wahlkreis 161 für die Bundestagswahl sowie der VertreterInnen und Delegierten für die LandesvertreterInnenversammlung und den Landesparteitag** *Siebenlehn, Gaststätte „Schwarzes Roß“*
- 09.03. 11 Uhr *Regionalkonferenz Ost zur Beratung des ersten (vollständigen) Entwurfs des Bundestagswahlprogramms der LINKEN Berlin, IG Metall, Alte Jacobstraße 149*
15. und 16.03. *Kommunalpolitische Konferenz der LINKEN Neumünster, „Kiek in“, Gartenstraße 32*
- 18.03. 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes der LINKEN Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41*
- 20.03. 18 Uhr *Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Freiberg der LINKEN mit MdB Caren Lay und MdL Jana Pinka Freiberg, Hotel „Regenbogenhaus“*
- 27.03. 18 Uhr *Informationsveranstaltung der Fraktion der LINKEN im Kreistag Hainichen/OT Cunnersdorf Gasthof „Weiße Taube“*

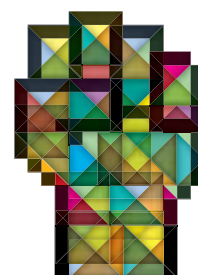
#LIMA 13

MEDIEN KOMPETENT NUTZEN, GESTALTEN & DISKUTIEREN

FAIR/ÄNDERN

DEBATTE | NETWORK  
WEITERBILDUNG

**JETZT ANMELDEN**  
FÜR DEUTSCHLANDS GROSSTEN  
LINKS-ALTERNATIVEN  
MEDIENKONGRESS  
11. BIS 17. MÄRZ, BERLIN



WWW.LIMA-AKADEMIE.DE

Einladung zur LIMA (Linke Medien Akademie e.V.) im März in Berlin. Die Arbeit der LIMA ist aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter hervorgegangen, die 2006 bei der PDS gegründet wurde, um die Arbeit der kleinen Zeitungen zu koordinieren und die ehrenamtlichen Zeitungsmacher zu unterstützen. Von Anfang an war auch unser Kreisverband in den Roten Reportern vertreten. Seit 2008 werden Weiterbildungsveranstaltungen auch für die Roten Reporter durch die LIMA - einem Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung - durchgeführt. Inzwischen gibt es auch eine Landesarbeitsgemeinschaft der Roten Reporter, welche sich zum Ziel gestellt hat, die Arbeit der kleinen Zeitungen zu koordinieren und effektiver zu gestalten. Seit 2007 gibt es ein Kooperationsabkommen mit dem „neuen deutschland“.



Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossen

Karl Störzel aus Brand-Erbisdorf  
Klaus Krautwurst aus Burgstädt  
Jochen Schmidt aus Rochlitz

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Gedenken bewahren.



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!  
**NEUES DEUTSCHLAND**

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Archiv der Ausgaben von 1946-1990

Voller Zugriff auf  
das historische Archiv



Ein Langzeitprojekt – die Digitalisierung aller Ausgaben des ND ab 23. April 1946 ist abgeschlossen.

Ab sofort ist unter [www.nd-archiv.de](http://www.nd-archiv.de) ein ganz neues Portal freigeschaltet. Sie können mit einer komfortablen Suche in allen Ausgaben des »Neuen Deutschland« von 1946 bis 1990 recherchieren und sogar auf die Original-Seiten zugreifen.

Für nd-Abonnenten ist der Zugang zum digitalen Archiv des »Neuen Deutschland« kostenfrei.

Für alle anderen Interessenten steht diese Möglichkeit der Recherche für nur 60,00 Euro im Jahr offen.

[www.nd-archiv.de](http://www.nd-archiv.de)

Eine gute Nachricht für alle historisch Interessierten, vor allem für jene, die sich ein Bild über die Berichterstattung über die DDR und die sozialistische Welt aus dem Blickwinkel des „Organs des Zentralkomitees der SED“ machen wollen. Alle Ausgaben des „Neuen Deutschland“ ab dem 23. April 1946 bis 1990 liegen digitalisiert vor und können über das neue Portal [www.nd-archiv.de](http://www.nd-archiv.de) online abgerufen werden. Für Abonnenten des nd ist der Zugang zum digitalen Archiv sogar kostenfrei.